

Finanzierung der Radwege unsicher

Landesprogramm läuft 2013 aus – Ostermann zuversichtlich – Kreistag segnet Prioritätenliste ab

vo **Bad Fallingbostal**. Die Nachricht dürfte alle Pedalritter erfreuen: Einstimmig hat der Kreistag die Prioritätenliste für den Bau von neuen Radwegen an Kreisstraßen auf den Weg gebracht. Darauf sind, wie berichtet, neun Maßnahmen als Projekte mit vordringlichem Bedarf ausgewiesen, die nach dem Willen der Politik bis 2016 realisiert werden sollen.

Der Altkreis Soltau ist mit vier Projekten vertreten:

- dem 450 Meter langen Lückenschluss am Gustav-Bosselmann-Ring, der Kreisstraße 33,

bei Schneverdingen zwischen der Einmündung Zahreuser Weg und L 170,

- einem 3,75 Kilometer langen Radweg an der K 41 zwischen Südseecamp und B 3,

- einem 7 Kilometer langen Abschnitt an der K 49 zwischen Ilster und der B 209,

- dem 4,5 Kilometer-Lückenschluss an der K 31 zwischen den Schneverdinger Ortschaften Insel und Wesseloh.

Etwa 3,75 Millionen Euro müsste der Kreis aufbringen, wollte er die Prioritätenliste allein umsetzen. Das lässt die

Kassenlage aber nicht zu. Deshalb müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Das Land muss sich mit 50 Prozent beteiligen, und den verbleibenden Rest tragen Landkreis und die jeweilige Kommune zu gleichen Teilen.

Baubeginn 2013

Diese Voraussetzungen scheinen für den Radweg Insel-Wesseloh gegeben, 2013 könnte er in Angriff genommen werden. Grund für die Zuversicht war eine Nachricht, deren Eingang Ostermann „brühwarm“ ver-

meldete.

Danach hat die Lüneburger Geschäftsstelle des Landesbetriebs für Straßenbau und Verkehr Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für drei mit Priorität versehene Radwege konkret in Aussicht gestellt. Die beiden anderen Bauprojekte betreffen den Südkreis.

Voraussichtlich 70 Prozent solle der GVFG-Zuschuss beitragen, so Ostermann. Doch es wurden auch Bedenken laut: Was kommt danach? SPD-Fraktionschef Dieter Möhr-

mann verwies darauf, dass das GVFG-Programm „auf der Kippe steht“, voraussichtlich 2013 auslaufen werde. Da stelle sich die Frage, „ob wir dann Tiefbaumaßnahmen nur noch mit eigenen Mitteln finanzieren müssen“.

Diese Gefahr sieht die Verwaltung nicht, wie ihr Leiter deutlich machte. Ostermann berief sich auf Gespräche zu diesem Thema im Kollegenkreis: „Die Landräte sind überzeugt, dass es Nachfolge- oder Ergänzungsprogramme für das GVFG geben wird.“

416947